



## Positionspapier der ÖDP Bayern zum Netzentwicklungsplan (NEP) 2014 und den geplanten Gleichstromtrassen

Richtungsänderungen in der Energiepolitik waren schon immer hart umkämpftes Terrain, man denke nur an den langandauernden Prozess hin zu einem Atomausstieg: beginnend 2001 mit einem ungenügenden rotgrünen Ausstiegsbeschluss, einem trotz aller langbekannter Risiken schrittweisen Ausstieg vom Ausstieg, der dann nicht durch eigene Einsicht bundesdeutscher Politik, sondern durch Fukushima abrupt beendet wurde.

Analog zum Atomausstieg gelangte auch eine Veränderung des Versorgungsnetzes erst nach Fukushima in den engeren Blickpunkt des Interesses. Allerdings wurden bereits in den Jahren zuvor „Europäische Vorrangprojekte“ zum Netzausbau gestartet, die ab 2009 in Deutschland als nationale Energieleitungsausbaugesetze (EnLAG) mit vordringlichem Bedarf eingestuft wurden. Die „steigenden Anforderungen des EU-Binnenmarktes“ und „die wichtige Rolle Deutschlands als Stromtransitland“ wurden als wesentliche Beweggründe genannt. Diese Projekte sind heute in aller Regel im Bau.

Nach Fukushima setzte nun auch ein Tauziehen darum ein, inwieweit die Zukunft der Netze vorrangig durch zentrale Großkraftwerke geprägt sein soll oder durch eine dezentrale, primär regenerative Energieerzeugung.

Der Bundestag beschloss zwar 2011 den Atomausstieg bis 2021 und die Beschleunigung der Energiewende, dennoch wird diese beschleunigte Energiewende weder bei der verkorksten EEG-Reform noch in den seither erlassenen diesbezüglichen Gesetzen wie dem „Netzausbaubeschleunigungsgesetz“ sichtbar.

Unsere Hauptkritikpunkte zum Netzentwicklungsplan und den in deren Rahmen geplanten Gleichstromtrassen:

- 1) **Stromhandel vor Versorgungssicherheit:** Völlig überdimensionierte Stromtrassen zeigen deutlich, dass hier vorrangig ein europaweites Netz, ein kontinentaleuropäischer Stromverbund geschaffen werden soll. Innerhalb Deutschlands wiederum besteht größtes Interesse großer Windkraftbetreiber, Windstrom aus Offshore-Windparks in den Süden zu transportieren. Mehr Windparks im Süden würden dem kostspieligen und aufwändigen Netzausbau die Spitze bzw. den Wind aus den Segeln nehmen.
- 2) **Vorrang für Kohlestrom:** Auffällig an der Trassierung der Nord-Süd-Verbindungen für Hochspannungs-Gleichstromübertragungen ist, dass diese Braunkohlereviere tangieren, in denen Braunkohlekraftwerke vorhanden und sogar weiterer Zubau geplant ist. Die westliche und die östliche Nord-Süd-Trasse wird daher dem eigentlichen Anforderungsprofil im Zusammenhang mit der Energiewende nicht gerecht, bei der östlichen Trasse wird unabhängig von der Nord-Süd-Trasse über die „Thüringer Strombrücke“ künftig ohnehin bereits Windstrom aus den östlichen Bundesländern nach Bayern transferiert.
- 3) **Technologiesprünge in Speichertechnologie und neuartige Kabelsysteme:** Für die Nord-Süd-Trassen wird für Planung und Realisierung ein Zeitfenster von 10 Jahren erwartet. Auch die Erfahrungen mit den mit EnLAG angestoßenen Leitungen deuten auf einen hohen Zeitaufwand, sollen doch bis 2016 nur etwa 40% der 1877 km langen Leitungen fertiggestellt sein. Noch nie wurde im Energiebereich weltweit so intensiv geforscht wie jetzt. Schon jetzt zeichnen sich Technologiesprünge ab, die in den kommenden 10 Jahren sowohl die Speichertechnologie wie auch den Netzausbau gewaltig voranbringen werden. Für Kurzzeit- und Saisonspeicher sollte daher jetzt sinnvollerweise an langfristig angelegte

Markteinführungsprogramme gedacht werden. Experten gehen z.B. davon aus, dass schon bald die Speicherung in vielen kleinen dezentralen Anlagen günstiger sein wird als für Pumpspeicherkraftwerke erwartet.

- 4) **Dezentrale Erzeugung und Verteilung von regenerativen Energien:** Eigentlich wollen wir zu einer „dezentralen Energieversorgung“ kommen. Wie nun MdB Thomas Bareiß, Mitglied der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn in einer Sitzung des Bundestages am 25.04.2013 zum Ausdruck brachte, wird sich der durchschnittliche Stromweg vom Erzeuger zum Verbraucher von heute 40 km in 10 bis 15 Jahren auf 200 bis 300 km verlängern. Dies zeigt, hier wird vorrangig an Geschäfte mit langen Trassen und Stromhandel gedacht, weniger an dezentrale Versorgung und Verteilung von Energie.
- 5) **Interessenskonflikte um Bedarfsplanung und Betrieb:** Bedarfsplanung und das Betreiben von Höchstspannungsleitungen liegen in einer Hand. Interessenskonflikte sind damit vorprogrammiert. Es kann keine wirtschaftlich sinnvolle und den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasste Netzplanung geben, wenn derjenige, der den Bedarf plant, gleichzeitig der ist, dessen Geschäftsmodell darauf beruht, möglichst viel Strom durch möglichst viele Leitungen zu transportieren. Eine objektive Beurteilung des Bedarfs ist nicht gegeben, die Gefahr eines überdimensionierten Netzausbaues dagegen ist gegeben.
- 6) **Keine Würdigung von Energieeffizienz:** Der Entwurf des NEP2014 weist zurecht darauf hin, dass der künftige Energieverbrauch schwer zu prognostizieren ist, vor allem, wenn man an die weitere Bedarfsentwicklung durch Elektromobilität im Verkehrsbereich denkt. Allerdings wird nicht auf bestehende EU-Energieeffizienzprogramme verwiesen, die derzeit bis 2020 laufen und für die eine Fortschreibung in die weitere Zukunft zu erwarten ist. Von der dena (Deutsche Energie-Agentur) wurde hierzu bereits als Vorschlag eine Verbrauchsreduzierung um 30% bis 2030 ins Gespräch gebracht - in Anbetracht der Abhängigkeit von russischen Rohstoffen ein absolutes Mindestziel.
- 7) **Keine Einbeziehung von Einsparpotentialen:** Als ein Beispiel sei hier nur auf Sparpotentiale durch nachfrageorientierte Erzeugung und Tarifgestaltung verwiesen. Ein lastvariabler oder tageszeitabhängiger Tarif würde Verbrauchsspitzen minimieren. Inwieweit durch solche oder ähnliche Vorschläge Netzausbaupläne im Volumen reduziert und Kosten eingespart werden könnten, wird nicht untersucht.
- 8) **Anhörungsverfahren mit unabhängiger Abarbeitung:** Zu den Entwürfen des Netzentwicklungsplans (NEP) erfolgen erfreulicherweise erstmalig Konsultationen der Öffentlichkeit. Allerdings mangelt es – siehe Interessenskonflikt oben – an einer unabhängigen Abarbeitung.

Energiepolitik lebt von langfristigen Entscheidungen. Leider ist der herrschenden Politik jegliche Umsicht und Weitsicht in der Energiepolitik abhandengekommen ist.

Aus unserer Sicht kann nur mit 100 % erneuerbarer und möglichst regional erzeugter Energie auf Dauer Versorgungssicherheit erreicht werden. Nur damit kann ein spürbarer und deutlich sichtbarer Beitrag zum Klimaschutz und zum endgültigen, definitiven Aus für Atomkraftwerke geleistet werden.

Die ÖDP tritt deshalb entschieden für eine Regionalisierung der Energieversorgung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein. Regionalisierung bedeutet u.a. auch, dass Süddeutschland verstärkt sein Windkraftpotential nutzen muss, geeignete Vorrangstandorte dafür sind auszuweisen. Diese Dezentralisierung ermöglicht es zudem, auf überdimensionierten Netzausbau mit Stromautobahnen zu verzichten.

*Beschlossen auf dem Landesparteitag der ÖDP Bayern am 27.09.2014 in Schwabmünchen.*